

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras teilt mit, dass es zu einer Einigung hinsichtlich der finanziellen Unterstützung der Kommunen bei der Bewältigung der Flüchtlingsproblematik gekommen sei. Den Kommunen werde ein Festbetrag zuzüglich einer fallbezogenen Pauschale in Höhe von 1.250,- € gezahlt.

Die getroffene Vereinbarung betreffe auch andere Themenfelder. Das entsprechende Dokument könne auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden.

In der Erstaufnahmeeinrichtung würden derzeit regelmäßig zwischen 400 und 500 Personen leben. Aufgrund laufender Renovierungen sei die Kapazität auf ca. 850 Personen begrenzt.

Ab 01.01.2017 sei die Stadt Neumünster zur Aufnahme von Asylbewerbern verpflichtet. Personen, deren Asylanträge bereits positiv beschieden worden sind, gehören nicht zu diesem Personenkreis. Soweit diese aus anderen Bundesländern zugezogen sind, dort aber Residenzpflicht besteht, können diese zurückverwiesen werden. Innerhalb Schleswig-Holsteins gebe es solch eine Regelung nicht, so dass anerkannte Asylbewerber innerhalb Schleswig-Holsteins Freizügigkeit genießen. Diese Personen fallen regelmäßig in die Zuständigkeit der Jobcenter.

Die Zahl der ab 01.01.2017 zu übernehmenden Personen stünde noch nicht fest. Die Entwicklung sei nicht planbar.

Zum Willkommenszentrum lägen die erforderlichen Bescheide der BIMA (Herrichtung) und des Landes (Betrieb) immer noch nicht vor. Aus diesem Grunde könne mit den Arbeiten auch nicht begonnen werden.

Somit werde die Einrichtung zum 01.01.2017 auch nicht zur Verfügung stehen. Angesichts der prognostizierten eher geringen Zahl an Asylbewerbern, werde man sich mit Wohnraum, den die WoBau zur Verfügung stellen könne, behelfen.

Ratsherr Jahner sprach akute Probleme des Vereins Openhaart in ihrer Liegenschaft an. Dabei gehe es auch um Streitigkeiten mit der Stadt als Vermieter, z. B. im Zusammenhang mit kleineren Reparaturen oder der Ausstattung mit Mülltonnen. Die Verwaltung sage eine schnelle Lösung dieser Probleme zu.

Ratsherr Jahner weist darauf hin, dass der Verein eine klare Aussage benötige, ob er an dem Standort bleiben könne. Der Verein fühle sich dort wohl. Es gebe keine Probleme mit der Nachbarschaft.

Das Thema wird diskutiert.

Ratsherr Kühl weist darauf hin, dass andere Nutzer der Liegenschaft bereits ausziehen mussten, weil diese für die entsprechende Nutzung nicht mehr geeignet sei. Insofern müsse auch der Verein Openhaart anderweitig unterkommen. Der Stadteilbeirat habe bereits Vorstellungen zur künftigen Nutzung der Liegenschaft geäußert. Man erwarte eine Aussage, wie lange der Verein dort noch geduldet werden müsse.

Herr Oberbürgermeister Dr. Tauras teilt mit, dass die Liegenschaft für eine dauerhafte Lösung nicht geeignet sei. Dem Verein seien bereits mehrere Angebote gemacht worden. Derzeit gebe es eine Nutzungsvereinbarung, die monatlich verlängert werde, so lange noch keine Lösung gefunden sei.

Dies sei allerdings nur ein Provisorium.

Es bestehe Einigkeit, dass der Verein eine gute Jugendarbeit leiste und dass er Planungssicherheit hinsichtlich der Unterbringung benötige. Die Unterbringung am derzeitigen Standort könne nur ein Provisorium sein. Ein adäquater Ersatz sei erforderlich.